

März 2022

# Gipfelbericht

Europabüro Brüssel

## Von aktuellen Herausforderungen und Zukunftsvisionen – Der NATO- und G7-Gipfel in Brüssel

NATO- und G7-Gipfel am 24.03.2022

---

*Dr. Hardy Ostry, Anton Degenfeld, Lukas Wick*

Am 24.03.2022 fand der NATO-Sondergipfel mit den Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel statt. US-Präsident Joe Biden nahm persönlich am Gipfeltreffen teil, um u.a. über die russische Invasion der Ukraine zu beraten. Das Gipfeltreffen der NATO-Staats- und Regierungschefs sollte dazu genutzt werden, um über eine mittel- und langfristige sicherheitspolitische Ausrichtung der Allianz unter Berücksichtigung stark veränderter geopolitischer Begebenheiten in Europa zu diskutieren. Im Fokus stand dabei vor allem die Frage nach Wegen für weitere militärische und humanitäre Unterstützung der Ukraine und ihrer Verteidigungsbemühungen, ohne dabei als westliche Allianz zu einer weiteren Eskalation des Krieges beizutragen oder gar selbst in ihn hineingezogen zu werden.

Anschließend fand auch das Treffen der G7-Staats- und Regierungschefs unter deutscher Präsidentschaft statt. Nicht alle Teilnehmer waren dabei mit den gleichen Erwartungen angetreten. Während es Deutschland hauptsächlich darum ging, Schlupflöcher in den Sanktionen zu schließen, die humanitäre Hilfe auszuweiten oder die Koordination der ukrainischen Flüchtlinge weltweit voranzutreiben, kam beispielsweise der britische Premierminister Johnson mit klaren Ideen für neue Sanktionen zum G7-Treffen.

### [NATO-Gipfel](#)

Hintergrund

Mit der fortgesetzten russischen Invasion der Ukraine wird der Zusammenhalt der NATO und Westens weiterhin auf die Probe gestellt, die das Bündnis bislang durch seine schlüssige Einigkeit und Kohärenz bestanden hat. Nicht zuletzt wird der Allianz eine tragende Rolle beim Schutz der europäischen Sicherheitsarchitektur zugerechnet bzw. wird die NATO dann gefragt sein, wenn es gilt, gegebenenfalls eine neue europäische Sicherheitsordnung zu schaffen. In den letzten Wochen betonten führende europäische Politiker und Politikerinnen immer wieder, dass mit dem russischen Angriffskrieg eine Zeitenwende einhergehe. Gleichzeitig waren eben jene europäischen Spitzenpolitiker und -politikerinnen aber auch stets darum bemüht, rote Linien für Moskau zu ziehen. Einerseits habe die NATO die Verantwortung, zu verhindern, dass der Krieg sich auf den gesamten Kontinent ausweite und sich zu einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland entwickle, andererseits werde die NATO ihre Außengrenzen und Mitgliedstaaten, insbesondere aber die der Ostflanke, mit allen Mitteln schützen, wenngleich sich die NATO nicht direkt militärisch in der Ukraine beteiligen werde. Ferner wolle man die Ukraine mit allen Mitteln dabei unterstützen, sich selbst verteidigen zu können. Dies habe man bereits seit der gewaltsamen Annexion der Krim getan und seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 immens verstärkt. In der Tat haben NATO-Alliierte bisher defensive wie offensive Waffen in großem Umfang in die Ukraine geliefert. Damit solle die

Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu Luft, zu Wasser und am Boden gestärkt werden, um sich erfolgreich gegen die Invasoren aus Russland zur Wehr setzen zu können.

Bereits vor dem Gipfeltreffen am Donnerstag sickerte durch, dass die Bundesregierung weitere 2.000 Panzerfäuste in die Ukraine liefern werde und auch andere NATO-Staaten weitere Waffenlieferungen vornehmen würden. Der Fokus lag jedoch zweifelsfrei auf dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyy, der in seiner Ansprache während des Gipfeltreffens forderte, die NATO müsse ein Prozent ihrer Panzerbestände an die Ukraine übergeben. Wenngleich die NATO keine 200 Panzer nach Kiew bringen werde, so wurde die Nachricht doch als allgemeine Aufforderung für noch mehr Waffenlieferungen verstanden. Zelenskyy dürfte damit zumindest ein Etappenziel erreicht haben. Für Schlagzeilen sorgte auch die polnische Regierung, die vor dem NATO-Gipfel immer wieder forderte, die Ostflanke des Bündnisses erneut und vor allem dauerhaft zu stärken. Die Forderung steht im Einklang mit der NATO-Russland Grundakte, die zwar den Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen in den neuen Mitgliedsstaaten des Bündnisses vorsah, jedoch für Krisen- und Bedrohungszeiten ausdrücklich die Möglichkeiten von Truppenaufstockungen vorsah.

Polens Forderungen gingen jedoch noch weiter, indem Warschau forderte, die Grundakte gänzlich abzuschaffen, da die Grundlagen dafür nicht mehr gegeben seien. Schließlich schlug Polen vor, mit der NATO eine internationale Friedensmission von etwa 10.000 Mann auf den Weg zu bringen, mit der u.a. die Sicherung der humanitären Korridore in der Ukraine und die Einrichtung einer Flugverbotszone über jenen Korridoren erreicht werden solle. Beobachter schlossen bei einer derartigen Positionierung Polens die Gefahr nicht aus, doch zu direkt in den Krieg einzugreifen.

### Entwicklung

Nach dem Gipfeltreffen und mit der Pressekonferenz des NATO-Generalsekretärs Stoltenberg wurde jedoch recht schnell deutlich, dass die NATO auch weiterhin auf eine direkte Einmischung in den Krieg in der Ukraine verzichten werde. Stoltenberg verwies hierbei erneut auf die Verantwortung der Allianz, nicht dazu beizutragen, den Krieg weiter zu eskalieren. Stoltenberg,

dessen Mandat aufgrund der Krise nun bis 2023 verlängert wird, betonte dabei, dass die NATO auch in Zukunft eng an der Seite der Ukraine stehen und auch die militärische Unterstützung in Form von Ausrüstung weiter aufstocken werde. Die NATO werde ferner vier zusätzliche Battlegroups an der Ostflanke einsetzen, sodass dort nun insgesamt acht dieser Formationen stationiert sein werden. Dies reiche vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer, so Stoltenberg. Damit erfüllt die Allianz zumindest eine der drei polnischen Forderungen. In Europa seien nun insgesamt auch 100.000 US-Truppen stationiert, die dort NATO-Interessen verteidigen.

Gleichzeitig verkündete der Generalsekretär, dass die Staats- und Regierungschefs auch über eine langfristige Strategie der NATO debattiert hätten und hierbei eine politische Einigung erzielt werden konnte, deren Einzelheiten beim nächsten NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 erläutert werden sollen. Bereits im Vorjahr hatten die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses sich auf einem Gipfel in Brüssel geeinigt, mit einem neuen „Strategischen Konzept“ die NATO auf die aktuellen und neuen geopolitischen Herausforderungen vorzubereiten. Einen Prozess, den die russische Aggression in der Ukraine nunmehr maßgeblich befördert.

Demnach werde die NATO in allen notwendigen Bereichen, also zur Luft, zur See, am Boden aber eben auch im Cyber-Space, eine Strategie entwickeln, die den langfristigen Schutz ihrer Mitgliedsstaaten garantieren soll. Damit reagiere das Verteidigungsbündnis auf die neuen Realitäten in der Sicherheitslage Europas und werde sowohl zusätzliche Manöver abhalten als auch neue Truppen und z.B. neue Flugzeuge einsetzen, um das Bündnis fit für die Zukunft zu machen.

In Reaktion auf die Forderungen Präsident Zelenskyy's werde die NATO die Ukraine auch zukünftig verstärkt mit Waffen zur Abwehr in der Luft, zur See und am Boden ausstatten und ferner zur Ausbildung der ukrainischen Soldaten beitragen sowie ihre Widerstandsfähigkeit bei Cyberbedrohungen erhöhen. Die NATO werde sich hingegen an keiner Flugverbotszone über der Ukraine oder an einer Friedensmission beteiligen, da dies zwangsläufig zu einer militärischen Auseinandersetzung mit Russland führen würde. Die Kommunikation der meisten NATO-Staaten war in dieser

Sache bereits in den Tagen zuvor sehr deutlich gegen solche Vorhaben ausgefallen, sodass es nun wenig überraschend war, dass sie eine Eskalation des Krieges unbedingt auch weiterhin vermeiden will.

Den Druck erhöhte die NATO derweil auf China, als die Staats- und Regierungschefs Chinas Führung dazu aufforderten, sich der internationalen Gemeinschaft anzuschließen und seinen Einfluss auf Moskau dazu zu nutzen, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Peking dürfe Russland in keiner Form unterstützen, weder ökonomisch noch militärisch, da es sich sonst automatisch zu einem Komplizen Putins mache. China müsse die Handlungen Russlands nun endlich klar verurteilen und eine sichtbare Distanz dazu aufbauen, so die Teilnehmer in ihrer gemeinsamen Erklärung im Anschluss an den Gipfel.

Hinsichtlich der in die Kritik geratenen NATO-Osterweiterung zeigten sich die Mitgliedstaaten des Bündnisses hingegen sehr einig: Die NATO stehe zu ihrer „Offenen-Tür-Politik“, die ein großer Erfolg gewesen sei und immer noch für Wohlstand und Sicherheit in den neuen Mitgliedstaaten gesorgt habe und weiterhin Sorge. Die Mitgliedstaaten haben in diesem Zuge ebenfalls erklärt, dass sie ihre Bemühungen erneut steigern werden, um das 2 Prozent-Ziel schneller zu erreichen und damit früher und effektiver zu den Bündnisinteressen beitragen zu können.

Nur auf Nachfrage erklärte Stoltenberg, dass die NATO-Staaten durchaus das Bedrohungsszenario teilten, dass Russland im Extremfall zu Massenvernichtungswaffen aller Art greifen könnte, um den Krieg zu einem schnellen Ende zu bringen. Der Generalsekretär warnte aber gleichzeitig im Namen aller NATO-Staaten, dass der Einsatz solcher Waffen durch Russland nicht nur die Natur des Krieges vollkommen verändere, sondern auch die Haltung der NATO gegenüber einer Einmischung in den Krieg ändern könnte. Da gerade chemische und biologische Waffen schnell auch Auswirkungen auf NATO-Territorium haben könne, warnte Stoltenberg nachdrücklich vor den Folgen eines Einsatzes. Die NATO sei jederzeit bereit zu handeln, sollten Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden. Deshalb habe man Teile der NATO-Reaktionspläne auf biologische, chemische oder nukleare Kampfmittel aktiviert, durch die u.a. die vier zusätzlichen Battlegroups an der Ostflanke dort

auch dauerhaft stationiert werden könnten. Während NATO-Verbündete in den Tagen und Wochen zuvor dieser Frage immer wieder versuchten auszuweichen und keine klaren roten Linien zu ziehen, war Stoltenberg nun einer der Ersten, der Moskau mit ernsthaften Konsequenzen drohte, sollte Russland zu Massenvernichtungswaffen greifen. Die NATO sei die stärkste Allianz der Welt, und solange alle zusammenstehen würden, seien auch alle sicher, so Stoltenberg.

### Kommentar

Generalsekretär Stoltenberg wagte gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs das, was nun bereits seit einem Monat von ihnen verlangt wird: Einen schwierigen Spagat zu meistern, bei dem die NATO einerseits zu keiner weiteren Eskalation des Krieges beiträgt, sie Russland aber andererseits auch unmissverständlich klarmacht, dass Putin eine gewisse rote Linie nicht überschreiten dürfe. Auch deshalb betonte Stoltenberg in seiner Ansprache nicht nur einmal, sondern ganze drei Mal, dass die NATO die Ukraine nur in gewissen Rahmenbedingungen unterstützen könne, in der sie zu keiner weiteren Eskalation oder gar zu einer direkten Konfrontation zwischen der Allianz und Russland beitragen würde. Gleichzeitig demonstrierte der Westen bei diesem Gipfel in mittlerweile geschlossener Manier, wie geeint man derzeit handelt. Die Battlegroups an der Ostflanke, die nun durch vier weitere ergänzt werden, sind in ihrer Multinationalität kaum zu überbieten, und genau dahinter steckt eine abschreckende Strategie: Der Aufbau der NATO-Ostflanke signalisiert Putin eine der stärksten roten Linien, die er potenziell überschreiten könnte, da jeder Angriff auf die Truppen dort automatisch Soldaten aller NATO-Staaten betreffen und damit auch automatisch einen Bündnisfall auslösen würde. Besonders angesichts der großflächigen Auswirkungen von Massenvernichtungswaffen, ist die Faktenlage an der NATO-Ostflanke also durchaus auch als Abschreckung gegenüber Russland zu interpretieren.

Auch die persönliche Teilnahme Präsident Bidens beim Gipfel zeigt, dass die NATO den Fokus derzeit vor allem auf Maßnahmen mit Signalwirkung gelegt hat, die zuallererst in Moskau empfangen werden sollen. Der Besuch des Präsidenten ist vor allem als Akt der Solidarität und als Schulterchluss mit Europa zu verstehen. Er soll die enge Koope-

ration in den transatlantischen Bündnissen untermauern. Sowohl bei der NATO wie bei G7 und EU legte Biden eine in der Tonalität für ihn anpackenden, überzeugende und entschlossene, keine Zweifel zulassende Rhetorik an den Tag,

Diese starken Signale gilt es nun auch mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen, denn hinter der derzeit sichtbaren Einheit des Bündnisses sind natürlich auch vorhandene unterschiedliche Perspektiven und Prioritäten zu erkennen.

Besonders Polen und die Staaten des Baltikums – resultierend aus der Angst, als nächstes mit einem Angriff Russlands konfrontiert zu sein – machen sich NATO-intern aber z.B. auch beim Europäischen Rat immer wieder dafür stark, eine härtere Gangart gegenüber Russland an den Tag zu legen. Dem gegenüber stehen die Mitgliedstaaten Deutschland aber auch in Teilen die USA, die eine Verwicklung der NATO in diesem Krieg um jeden Preis verhindern wollen. Auch deshalb sind die beim Gipfel verkündeten nächsten Schritte (weitere Ausrüstungslieferungen, humanitäre Hilfe, etc.) vor allem als Kompromiss zwischen den westlichen und östlichen NATO-Mitgliedern zu verstehen.

Hierbei kann man vor allem Präsident Joe Biden einen starken Auftritt attestieren. Einerseits manifestierte er die Beziehungen zu langjährigen europäischen Partnern und der EU und dient dabei auch als Mediator zwischen den Positionen östlicher und westlicher NATO-Mitglieder. Dabei kommt er dem Wunsch z.B. Deutschlands nach, zunächst kein weiteres Sanktionspaket voreilig auf den Weg zu bringen, sondern schließt sich der Strategie an, bestehende Schlupflöcher zu schließen. Seine sich anschließende Reise nach Polen hingegen verdeutlicht, dass die polnischen und baltischen Sorgen in Washington gehört werden und in der Entscheidungsfindung nicht vergessen werden. Für Putin heißt das, dass er dort, wo er ein zerrüttetes Europa oder einen zerstrittenen Westen erwartet hat, das genaue Gegenteil erntet – eine Einheit, die auch mit unterschiedlichen internen Positionen gut umgehen kann und kompromissfähig ist.

Die Verlängerung des Mandats von Generalsekretär Stoltenberg ist ein weiteres Symbol der mittelfristigen Ausrichtung der NATO. Bei den aktuel-

len und noch bevorstehenden Herausforderungen hätte wohl keiner der Mitgliedstaaten ernsthaft eine neue NATO-Führung begrüßen wollen. Stoltenberg wird vorerst bis September 2023 in seinem Mandat bleiben, um die NATO durch die nahe Zukunft zu führen. In besagter Zukunft steht für Europa noch immer die große und schwerwiegende Frage nach der Energieabhängigkeit im Raum, bei der die USA zwar kurzfristig einspringen, aber eben Russland nicht eins zu eins ersetzen können. Andererseits wird sich die NATO insgesamt darüber klar werden müssen, wie sie reagieren wird, wenn sie sich mit weiteren zivilen Opfern, weiteren Kriegsverbrechen und gar dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen konfrontiert sieht. Spätestens, wenn Russland einer der vielen klaren roten NATO-Linien überschreitet, wird es Generalsekretär Stoltenberg oder auch Bundeskanzler Scholz nicht mehr gelingen, allein das Argument zu führen, der Krieg dürfe sich nicht auf dem gesamten Kontinent ausbreiten. Die NATO wird dann regelrecht zum Handeln gezwungen, und Präsident Biden wird wohl einmal mehr als Mediator gefragt sein.

## G7-Gipfel

### **Hintergrund**

Das unter die Ägide der deutschen Präsidentschaft der Gruppe fallende Treffen der G7-Staats- und Regierungschefs, welches hauptsächlich die gegen Russland beschlossenen Sanktionen thematisieren sollte, folgte direkt auf den kurz davor beendeten NATO-Gipfel. Dass die meisten der Anwesenden, mit Ausnahme des japanischen Premierministers Fumio Kishida, deshalb bereits nach Brüssel angereist waren, und auch mit Ausnahme der britischen und kanadischen Regierungschefs Boris Johnson und Justin Trudeau am darauffolgenden EU-Ratsgipfel teilnehmen würden, stellte eine logistische vorteilhafte Position dar, die in der Festlegung des Termins wahrscheinlich einen Faktor gespielt hatte. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, in dessen Gebäude das Treffen, wie auch schon der vorherige Gipfel stattfand, nahm ebenfalls teil.

Bereits im Vorfeld wurde klar, dass nicht alle Teilnehmer mit denselben Erwartungen in den zweiten internationalen Gipfel des Tages starten würden. Während es der deutschen Seite hauptsächlich

lich um die Verstärkung der allgemeinen Verurteilung Russlands, ein erhöhtes Maß an humanitärer Hilfe für die Ukraine und Unterstützung der die ukrainischen Flüchtlinge aufnehmenden Nachbarländer ging, kam der britische Premierminister beispielsweise mit konkreten Vorstellungen zu erweiterten Sanktionen gegen russische Goldreserven und eine Erweiterung der Liste der aus dem SWIFT-System ausgeschlossenen russischen Banken in Brüssel an.

### Entwicklung

Dass die durch Bundeskanzler Olaf Scholz gehaltene abschließende Pressekonferenz um über eine Stunde verschoben und in der Konsequenz auch den Beginn des folgenden EU-Ratsgipfels verzögerte, wirkte symbolisch dafür, wie intensiv die Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industrienationen der Welt die andauernde Ukraine-Krise besprochen hatten. Schnell wurde der für die ukrainische Regierung ernüchternde Hauptbeschluss des Treffens klar. Die Regierungen der G7-Länder hatten noch einmal ihren Willen unterstrichen, die bereits verhängten wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen gegen Russland in vollem Maß umzusetzen, man werde aber keine neuen Sanktionen verhängen, so Scholz. Man würde aber verstärkt gegen Umgehungsversuche der momentanen Sanktionen, wie etwa den Goldhandel der russischen Zentralbank, vorgehen, und versuchen, andere Länder zum Verhängen vergleichbarer Sanktionen gegen Russland zu bewegen. Je nach Anforderung könnten zudem weitere Maßnahmen beschlossen werden.

Zudem einigte man sich auf weitere Bemühungen, unabhängiger von russischen Energielieferungen zu werden, und forderte andere Öl und Gas produzierende Länder zum verantwortungsvollen Handeln und zu erhöhten Lieferungen an den internationalen Markt auf. Weiterhin wurde Moskau eindringlich vor Drohungen der Anwendung nuklearer, chemischer oder biologischer Waffen gewarnt. Russland wurde zudem aufgefordert, den ukrainischen Behörden sowie der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) ungehinderten Zugang zu den Atomaren Anlagen des Landes zu gewähren. Außerdem soll die gemeinsame Abwehr vor russischen Cyber-Attacken verstärkt und die Ukraine in der Verteidigung ihrer digitalen Infrastruktur unterstützt werden.

Auf die vor dem Gipfel lautgewordene russische Forderung, man könne in Zukunft Gas und Öllieferungen nur noch in Rubeln bezahlen, ein offensichtlicher Versuch den abstürzenden Wert der russischen Währung zu stabilisieren, erklärte der Bundeskanzler, in den die Lieferungen betreffenden Verträgen seien Zahlungen in Euro oder US-Dollar festgelegt. Daher werde man sich vertrags-treu zeigen und entsprechend handeln.

Nach der Frage der Rolle Chinas antwortete Scholz, dass es keine Verurteilungen der Haltung Pekings gegeben habe, sondern man viel mehr darauf hoffe, die dortige Regierung zu einer offiziellen Verurteilung der Invasion der Ukraine und zu einem aktiven Beitrag am Friedensprozesses verleiten zu können. In der Abschlusserklärung des Gipfels wird außerdem der russische Versuch, der eigenen Bevölkerung die Faktenlage zur Invasion der Ukraine durch zunehmende Zensur vorzuenthalten, verurteilt. Schließlich wurde noch einmal festgehalten, dass die beschlossenen Maßnahmen nicht der russischen oder der weißrussischen Bevölkerung gelten, und man deren Regierung und nicht sie selbst für den Krieg verantwortlich macht.

### Kommentar

In den vergangenen Wochen wurde in einer Vielzahl der über Außenpolitik berichtenden Medien immer wieder die Frage gestellt, ob die angesichts der Invasion der Ukraine aufgetretene Einigkeit und Solidarität, die gemeinsamen Sanktionen betreffend, anhalten würde, oder ob unterschiedliche Interessen die gemeinsame Front gegenüber der russischen Aggression auf Dauer brechen lassen würden. Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten hat mit einem erneuten Bekenntnis zu den bereits verhängten Maßnahmen gezeigt, dass diesbezügliche Sorgen vorerst unbegründet bleiben.

Viele der in der Abschlusserklärung gestellten Forderungen, besonders jene die an Russland gerichtet sind, wurden bereits seit Kriegsbeginn geäußert; und Aufrufe nach größerer humanitärer Hilfe für die leidende Ukraine sind ebenso wichtig wie offensichtlich. Die klare Absage an die russische Forderung der Zahlung von Öl und Gaslieferungen in Rubel ist zu begrüßen, jegliche andere Antwort wäre aber sehr verwunderlich gewesen, insbesondere da Moskau momentan kaum in der Lage ist, Bezahlungen abzulehnen. Die Entscheidung, weitere Sanktionen noch zurückzuhalten, lässt im



Umkehrschluss für die Ukraine nichts Positives erwarten. Die darauffolgende Warnung, nicht länger den Einsatz nuklearer, biologischer oder chemischer Waffen anzudrohen, erhärtet diesen Verdacht umso mehr.

Sowohl NATO als auch G7 sind in ihrer Abschlussklärung indirekt der Linie des amerikanischen Präsidenten, Joe Biden, gefolgt und haben die Machenschaften Russlands in der Ukraine mit Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht. Die NATO, so die Staats- und Regierungschefs, werde alles dafür tun, jene zur Rechenschaft zu ziehen, die für den Bruch mit dem Humanitären Recht als auch dem

Völkerrecht verantwortlich seien. Dies gelte auch für Kriegsverbrechen, bei denen die NATO mit internationalen Partnern kooperieren werde, um diese bedingungslos aufzuklären. Die G7 wählten einen ganz ähnlichen Wortlaut und begrüßten zunächst die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshof gegen Russland. Die Vertreter der G7 würden ferner zusammenarbeiten, um die Erhebung von Beweisen in Bezug auf Kriegsverbrechen zu unterstützen. Diese übereinstimmende Position ist als historisches Symbol der Einheit in der transatlantischen und westlichen Partnerschaft zu werten.

#### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry  
Leiter  
Europabüro Brüssel  
[www.kas.de/bruessel](http://www.kas.de/bruessel)

[hardy.ostry@kas.de](mailto:hardy.ostry@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)